





# Keine Ungleichbehandlung von Flüchtlingen! Für eine menschliche Flüchtlingspolitik ohne Rassismus!

Mainz, 10.06.2022

Die neue Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag viele positive Veränderungen in der Flüchtlingspolitik in Aussicht gestellt, wie z.B. die Ausweitung des Bleiberechtes für langjährig geduldete Personen, Erleichterungen beim Familiennachzug oder der Zugang zu Integrationskursen für alle Geflüchteten. Mit dem Krieg in der Ukraine verschob sich der Fokus der Bundesregierung und der Öffentlichkeit von den geflüchteten Menschen, die bereits hier sind, auf geflüchtete Menschen aus der Ukraine.

In den vergangenen Wochen wurden insbesondere für geflüchtete Ukrainer:innen viele Hürden abgebaut, um ihnen ein gutes Ankommen hier zu ermöglichen. Wir begrüßen die bundesweiten Solidaritätsbekundungen und die große Hilfsbereitschaft, die ihnen entgegengebracht wird. Andererseits sehen wir mit zunehmender Sorge eine Ungleichbehandlung von Flüchtlingen aus der Ukraine und Flüchtlingen aus anderen Herkunftsländern – sowohl in der Zivilgesellschaft als auch in der Politik. Vieles von dem, was ein Paradigmenwechsel für alle Geflüchteten sein sollte, wurde seitdem durch Gesetzesänderungen ausschließlich für ukrainische Geflüchtete möglich gemacht. Durch diese Ungleichbehandlung ist eine Schieflage entstanden, die die Unterzeichnenden mit Beunruhigung beobachten. Denn das Recht auf Asyl ist ein universales Menschenrecht und muss für alle Schutzsuchenden gleichermaßen gelten! Die großzügige und unbürokratische Aufnahme der ukrainischen Geflüchteten hat eines deutlich gemacht: Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Wir würden uns wünschen, dass das für alle flüchtenden Menschen gilt.

Wir, die Unterzeichnenden, sind haupt- oder ehrenamtlich in der solidarischen

Flüchtlingsarbeit in Rheinland-Pfalz tätig. Wir gehören Organisationen oder Initiativen

an oder sind Einzelpersonen. Wir sind selber geflohen oder leben schon unser Leben

lang in Deutschland. Wir wohnen in großen Städten und in kleinen Kommunen. Und

wir wollen die entstehenden Ungleichheiten nicht länger hinnehmen.

Bundesregierung versprach uns einen Paradigmenwechsel

Flüchtlingspolitik, aber bisher merken wir davon nichts. Diesbezügliche

Absichtsbekundungen im Koalitionsvertrag sind bislang genau das geblieben:

Absichtserklärungen. Auf konkrete Veränderungen zugunsten aller Menschen, die vor

Krieg, Folter und Verfolgung flohen, warten wir noch immer.

Wir appellieren daher an Sie als Landes- und Kommunalpolitiker:innen: Nutzen Sie Ihre

Ungleichbehandlung Gestaltungsmöglichkeiten, der Flüchtlingen um von

entgegenzuwirken! Sie haben es in der Hand, eine menschliche Flüchtlingspolitik für

alle Schutzsuchenden zu gestalten.

Tel.: 06131 / 2874453

## **Unsere Forderungen an die Landesregierung:**

- Rassismuskritisches Hinterfragen des eigenen Tuns, auch im Hinblick auf die Öffentlichkeitsarbeit!
- Schaffung eines Landesaufnahmeprogramms!
- Zweckgebundene Verwendung der Mittel der Integrationspauschale mit entsprechendem Nachweis. Keine Konsolidierung des Haushaltes durch die Integrationspauschale!
- Serviceorientierung: Transparenz der Deutsch- und Integrationskursangebote!
- Ausbau der psychosozialen Zentren und zeitnaher Zugang für alle Geflüchteten gleichermaßen!
- Internetseiten und Dokumente in gängige Herkunftssprachen übersetzen!
- Mehrsprachige Hotline für alle Geflüchtete einrichten!
- Unbefristete hauptamtliche Stellen als kommunale Pflichtaufgabe verankern und entsprechende Mittel zweckgebunden zur Verfügung stellen:
  - Integrationsmanager:innen als Ansprechpartner:innen für Geflüchtete und ehrenamtliche Engagierte!
  - o Verbindliche aufsuchende Flüchtlingssozialarbeit für Asylbewerber:innen!
- Flächendeckende Sprachmittlung im Gesundheitswesen finanzieren und sicherstellen!
- Landesweite Standards in Sammelunterkünften einführen!
- Unterbringung in Einzelzimmern in den Erstaufnahmeeinrichtungen nach allgemeingültigen transparenten Regeln

### Unsere Forderungen an die Landkreise und kreisfreie Städte:

### • Gesundheitsfürsorge:

- o Gleicher Zugang zur Gesundheitsfürsorge für alle Geflüchtete von Anfang an! Elektronische Gesundheitskarte (eGK) für alle Geflüchtete!
- o Flächendeckende Sprachmittlung im Gesundheitswesen

## • Serviceorientierung:

- Terminvergabe nach Dringlichkeit der Anfragen. Keine Priorisierung von einzelnen Nationalitäten!
- o Übersetzungen von Internetseiten und Dokumenten in gängige Herkunftssprachen!
- Vereinfachte Antragsverfahren (Übersetzung in Landessprache,
  Rückporto) für alle Geflüchtete!
- o Respektvoller und höflicher Umgang mit allen Antragsteller:innen!

#### • Qualitätssicherung:

- Verpflichtende interkulturelle und rassismuskritische Fortbildungen in Verwaltungen!
- Rassismuskritisches Hinterfragen des eigenen Tuns, auch im Hinblick auf die Öffentlichkeitsarbeit!

#### • Menschenwürdige Unterbringung:

- o Keine Bevorzugung einzelner Nationalitäten bei der Unterbringung!
- Flächendeckende dezentrale Unterbringung!
- Stabiles Internet in allen Sammelunterkünften!
- Unabhängiges Beschwerdemanagement!

Leibnizstraße 47 55118 Mainz Tel: 06131 / 4924734

Tel.: 06131 / 2874453

### <u>Unsere Forderungen an die Verbands- und Ortsgemeinden</u>

• Serviceorientierung:

o Respektvoller und höflicher Umgang mit allen Antragsteller:innen!

o Terminvergabe nach Dringlichkeit der Anfragen. Keine Priorisierung von

einzelnen Nationalitäten!

• Qualitätssicherung:

o Rassismuskritisches Hinterfragen des eigenen Tuns

Im Hinblick auf die Öffentlichkeitsarbeit!

• Keine Bevorzugung einzelner Nationalitäten bei der Unterbringung!

Aufnahme von Kindern in Kitas und Horte gemäß Dringlichkeit und

Wartezeit. Transparenz herstellen! Keine Priorisierung von einzelnen

Nationalitäten!

• Wenn kostenlose Angebote, z. B. freier Eintritt in Schwimmbäder,

Museen etc., dann für alle Leistungsempfänger:innen: Keine Selektion

nach Nationalitäten!

Verpflichtende interkulturelle und rassismuskritische Fortbildungen in

Verwaltungen!

• Lokale Migrations- und Integrationspolitik festigen und konzeptionell

weiterentwickeln!

• Partizipative Erarbeitung und Umsetzung von Integrationskonzepten!

• Unbefristete hauptamtliche Stellen schaffen! Z.B. Integrationsmanager:innen als

Ansprechpartner:innen für Geflüchtete und ehrenamtliche Engagierte

gleichermaßen

Bildung und Teilhabe-Leistungen auszahlen, keine Gutscheine!

civi kune RLP

# **Unterzeichnende:**

55128 Mainz Tel.: 06131 / 2874453